

MEINUNG VON RÜDIGER SCHMITT-BECK

Wählen gehen!

Wahlbeteiligung ist hohes Gut



Prof. Rüdiger Schmitt-Beck ist Direktor des Zentrums für Europäische Sozialforschung und Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung. Foto: MZES

Sie gehören zu den ergreifendsten Nachrichtenbildern, zuletzt aus Mali und dem kleinen Bhutan: Lange Schlangen von Menschen, die stundenlang vor Wahllokalen anstehen, weil sie keinesfalls versäumen möchten, endlich selbst mitzubestimmen, von wem sie regiert werden.

Ägypten zeigt uns, dass damit die Demokratie noch längst nicht gesichert ist – die ersten freien Wahlen sind nur der Beginn eines risikoreichen Weges zur vollgültigen Demokratie. Bürger und gewählte Eliten müssen lernen, mit der neuen Freiheit umzugehen,

„Wahlverzicht ist gefährlich für die Demokratie.“

und akzeptieren, dass Wahlerfolge nicht zur „Tyrannei der Mehrheit“ (Tocqueville) berechtigen.

Diese Sorge muss man hierzulande nicht haben. Die Bürger sind durch ein ausgeklügeltes System institutioneller Machtbalance, Grundrechte und ein starkes Verfassungsgericht vor staatlichen Übergriffen abgesichert. Das ist ihnen auch bewusst – den Rechtsstaat schätzen sie hoch. Der Parteienstaat gefällt dagegen vielen weit weniger.

Nichtwählen ist schick, könnte man meinen, wenn man politischen Publizisten lauscht, die jüngst vermehrt dafür plädieren, den Parteien am Wahltag die kalte Schulter zu zeigen. Bei aller Verbesserbarkeit der zweiten deutschen Demokratie darf aber nicht übersehen werden: Von allen Formen politischer Beteiligung ist die Wahl die bei weitem egalitärste.

Dies ist der Zynismus der intellektuellen Befürworter der Wahlenthaltung: Sie können sich darauf verlassen, dass ihre Interessen als Angehörige der gebildeten Schichten durch sinkende Wahlbeteiligung nicht beschädigt werden. Die Zunahme der Nichtwähler in jüngerer Zeit ist vor allem darauf zurückzuführen, dass sozioökonomisch schlechter gestellte Bürger zuhause bleiben.

Sinkende Wahlbeteiligung unterminiert einen zentralen Wert der Demokratie: die politische Gleichheit.